

KURZPOSITION

US-Russlandsanktionen

Die US-Administration hat am 6. April 2018 Sanktionen gegen russische Staatsangehörige und Unternehmen erlassen. Unter anderem ist der ehemalige Präsident des größten russischen Aluminiumherstellers (Rusal) von den US-Sanktionen betroffen. Die Abwicklung der Geschäfte mit Rusal muss bis zum 12. Dezember erfolgen. Durch die Sanktionen haben sich erhebliche Marktverschiebungen in Deutschland ergeben, die sich durch die gesamte Lieferkette ziehen. Es drohen und bestehen teilweise bereits Lieferengpässe bei Rohaluminium bzw. Aluminiumoxid. Der Preis für Aluminiumoxid ist seit Jahresbeginn um 65 Prozent gestiegen. Die WVMetalle fordert eine schnelle und pragmatische Lösung.

1. Hintergrund

Die USA haben am 6. April 2018 Sanktionen gegen sieben russische Konzernchefs, zwölf durch sie kontrollierte Unternehmen sowie gegen **siebzehn russische Regierungsfunktionäre**, eine staatliche Rüstungsfirma und eine Bank erlassen. Das neue US-Maßnahmenpaket (Executive Orders 13661, 13662 und 13582) nimmt Bezug auf **Sektion 241** des „Countering America's Adversaries Through Sanctions Act (CAATSA)“ vom August 2017. Im Allgemeinen werden die neuen Sanktionen gegen Personen und Unternehmen verfügt. Bis zum 12. Dezember 2018 sollen Unternehmen ihre Geschäfte abwickeln ([Fristverlängerung](#)).

Unter den sanktionierten Personen befindet sich Rusal-Eigentümer **Oleg Deripaska**. Das hat zur Folge, dass **Aluminium in Rohform und/oder Tonerde** von der Firma Rusal mit einem de facto Embargo belegt wird. Deripaska hat Ende Mai angekündigt, seinen Anteil an Rusal auf unter 50 Prozent zu senken und seinen Einfluss drastisch zu reduzieren. Diese Ankündigung hat aber nicht dazu geführt, dass die US-Administration die Sanktionen gegen Rusal aufhebt oder Oleg Deripaska von der Sanktionsliste entfernt. Es ist nicht klar, ob die Änderungen an der Eigentümerstruktur und der verminderte Machteinfluss zu einem „Delisting“ von Deripaska führen.

Aufgrund dieser Entwicklung und wegen Rusals **wichtiger Marktposition** stellt sich bereits heute ein Versorgungsengpass in der EU und Deutschland ein. Im Jahr 2017 wurden **744.853 Tonnen** Aluminium in Rohform (nicht legiertes Aluminium) nach Deutschland importiert. Davon kamen **233.267 Tonnen** aus Russland. Somit wurden **31 Prozent** des gesamten im Jahr 2017 nach Deutschland eingeführten Rohaluminiums aus Russland importiert, ein großer Anteil davon durch Rusal. Auch auf europäischer Ebene sind die Lieferbeziehungen zu Russland intensiv. Russland ist mit knapp **1,6 Mio. Tonnen Rohaluminium** der größte EU-Exporteur. Schätzungsweise 20 Prozent der Rohaluminium-Importe stammen von Rusal. Überdies ist Rusal und deren Tochterunternehmen für die Versorgung mit Aluminiumoxid (Tonerde)¹ von entscheidender Wichtigkeit für den deutschen Markt. Die Abhängigkeit des deutschen Marktes schätzen wir auf 1/3 der gesamten Importe. Zudem ist Rusal für ca. 45 Prozent des Gesamtbedarfes in der EU verantwortlich.

¹ Aluminiumoxid wird bei der Herstellung von Aluminium benötigt. Bei der Herstellung einer Tonne Aluminium werden zwei Tonnen Aluminiumoxid benötigt.

2. Wirkung auf die deutsche NE-Metallindustrie

Die WVMetalle konnte in den letzten Monaten bereits beobachten, dass die US-Sanktionen einen erheblichen Einfluss auf die Preisstruktur von Aluminiumoxid und Aluminium haben. Der Preis von Aluminiumoxid ist seit dem **2. Januar 2018 von 393 USD die Tonne auf 645 USD die Tonne** gestiegen². Somit ergaben sich seit Jahresbeginn Preissteigerungen von **ca. 65 Prozent**. Im Jahresmaximum war die Tonne Aluminiumoxid bei 707 USD notiert. Das Preisniveau von Aluminium ist in den letzten Monaten sehr volatil. Preisanstiege um **500 EUR** die Tonne, was einem Preisanstieg von rund **30 Prozent** entspricht, machen die Unsicherheit im Markt deutlich. Die Sanktionen könnten **Marktverschiebungen** für alle Marktteilnehmer zufolge haben, die in der **gesamten Lieferkette** zu spüren sind. Damit wären auch große Abnehmerbranchen wie die Automobilindustrie von den Auswirkungen betroffen.

3. Politische Handlungsempfehlungen

Die WVMetalle respektiert die US-Sanktionen gegen Russland vor dem Hintergrund der internationalen politischen Entwicklungen. Die getroffenen Maßnahmen bleiben jedoch nicht ohne wirtschaftliche Folgen für die NE-Metallindustrie in Deutschland und Europa: Die **Versorgungssicherheit** und die Planbarkeit der **Preisentwicklung** sind nicht mehr sichergestellt, was zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber außereuropäischen Anbietern (China, Indien, Golfstaaten) gehen könnte. Wir regen daher an, dass Unternehmen, die nicht unmittelbar mit den Sanktionen in Verbindung stehen oder eine eigene Wertschöpfung in der EU haben – ungeachtet der Eigentümerstruktur – von der Sanktionsliste gestrichen oder Ausnahmen für diese Firmen vereinbart werden.

Ein Beispiel ist die Firma **Aughinish Alumina**, ein Tochterunternehmen von Rusal, mit Sitz in Irland. Aughinish ist eine Aluminiumoxidfabrik und beliefert über Partner-Unternehmen die europäische Aluminiumindustrie mit dem Rohstoff Aluminiumoxid, der für die eigene Aluminium-Herstellung in den europäischen Aluminiumhütten notwendig ist. Ohne die gesicherte Versorgung mit Aluminiumoxid kann eine Aluminiumhütte nicht betrieben werden. Produktionsausfälle, die Stilllegung von Anlagen sowie eine kostenintensive und monatelang andauernde Wiederinbetriebnahme sind die Folge, die eine Existenzbedrohung für die Hüttenbetreiber und die ganze auf deren Materiallieferung angewiesene Werkstoffkette in Europa darstellt. Aughinish ist unverzichtbar für die Aluminiumoxid-Versorgung des europäischen Marktes und hat darüber hinaus eine eigene Wertschöpfung mit davon abhängenden Arbeitsplätzen. Aughinish ist zu 100 Prozent im Eigentum von Rusal, womit das Unternehmen komplett sanktioniert wird.

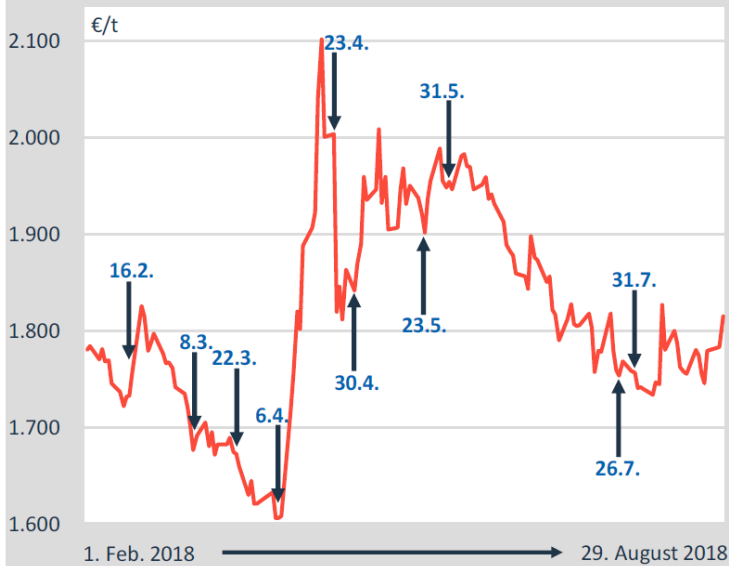
Zusätzlich sollte auf der politischen Ebene **schnell** eine **Lösung** gefunden werden, denn die Übergangsfrist endet bereits am **12. Dezember 2018**. Hierbei ist von allergrößtem Interesse, dass die Aluminiumindustrie Handlungs- und Planungssicherheit hat. Ohne den Rohstoff Aluminiumoxid ist die Aluminiumproduktion nicht sicherzustellen. Darunter würde der ganze Wirtschaftsstandort Deutschland leiden. Deswegen muss eine schnelle und tragfähige Lösung erarbeitet werden, welche die Rohstoffversorgung sicherstellt.

Sollte dieses Ziel nicht erreicht werden, ist die Verlängerung der Übergangsfrist (wind-down-period) über den 12. Dezember 2018 hinaus die einzige Möglichkeit, nachhaltigen Schaden zu vermeiden.

² Stand: 14. September 2018

4. Entwicklung der Preise

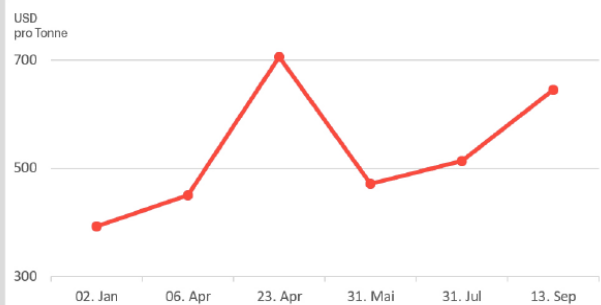
Entwicklung des Börsenpreises für Aluminium



Aluminium HG, LME-Kassa; Quelle: London Metal Exchange, London; eigene Berechnungen

- 16.2. Veröffentlichung Untersuchungsbericht
- 8.3. Bekanntgabe US-Zusatzzölle auf Al
- 22.3. Bekanntgabe temporäre EU-Ausnahmen bis 1. Mai
- 6.4. Bekanntgabe US-Russland-sanktionen (Deripaska)
- 23.4. Bekanntgabe Fristverlängerung bzw. General License 14
- 30.4. Bekanntgabe Fristverlängerung EU-Ausnahmen bis 1. Juni
- 23.5. Bekanntgabe US-Untersuchung zu Automobilimporten
- 31.5. Bekanntgabe US-Zusatzzölle auf Al aus EU
- 26.7. Trump-Juncker-Treffen: Deeskalation
- 31.7. Bekanntgabe Fristverlängerung Abwicklung Rusalgeschäfte

Metal Bulletin Preis (Australien) Aluminiumoxid



- 6.4. Bekanntgabe US-Russlandsanktionen
- 23.4. Bekanntgabe Fristverlängerung
- 31.5. Anpassung General License
- 31.7. Bekanntgabe Fristverlängerung
- 23.10. Ende Übergangsfrist

FORDERUNGEN ZUM THEMA SEKTION 241

1. **Schnelle politische Lösung.** Europa muss sich klar und eindeutig positionieren. In diesem Kontext steht die Rohstoffversorgung der europäischen NE-Metall- bzw. Aluminiumindustrie im Mittelpunkt. Die US-Sanktionen drohen immense Marktverschiebungen zu Lasten der deutschen Aluminiumindustrie auszulösen. Deswegen fordern wir eine schnelle und tragfähige politische Lösung, um Planungs- und Rechtssicherheit für die Industrie zu gewährleisten.
2. **Ausnahme für EU-Unternehmen und klare Regeln hinsichtlich der Betroffenheit von Firmen.** Unternehmen wie **Aughinish**, die eine eigene Wertschöpfung innerhalb der EU haben, an die Arbeitsplätze und die Versorgung des europäischen Marktes gekoppelt sind, müssen von den Sanktionen ausgenommen werden – z. B. durch Streichung von der bisherigen Liste. Zudem muss die eigentumsrechtliche Lösung fokussiert werden. Hierbei fordern wir klare Schwellenwerte, ab wann ein Unternehmen im Eigentumsverhältnis einer sanktionierten Person betroffen ist und wann nicht.

-
- 3. Verlängerung der Übergangszeit.** Sollte keine Lösung in den nächsten Wochen erzielt werden, plädieren wir für eine Verlängerung der Übergangszeit. Die Verlängerung sollte den Verhandlern genügend Zeit für zielführende Verhandlungen einräumen.
-

Berlin, den 15. Oktober 2018

Kontakt:

Sebastian Schiweck

Handels- und Rohstoffpolitik

Telefon: 030 / 72 62 07 – 107

E-Mail: schiweck@wvmetalle.de

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin